

Newsletter

Nr. 23 / Juli 2010

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,
Intelligenztest für alle!
oder: In einer Volkspartei ist auch Platz für Doofe.

Zukünftige Zuwanderer sollen sich einem Intelligenztest unterziehen, bevor sie nach Deutschland einwandern dürfen, haben jüngst zwei Unionspolitiker gefordert. Ein fabelhaftes Sommerloch-Thema drohte sich anzubahnen. Doch prompt haben viele mit intelligenten Äußerungen darauf reagiert, auch aus den eigenen Reihen der Union. Gefahr gebannt? Vorläufig scheint es so und man kann heilfroh sein, dass solcherart plumpe und peinliche Äußerungen nicht mit medialer Aufmerksamkeit und noch dümmere Vorschläge belohnt werden.

Aber wie kamen die beiden Herren überhaupt auf eine solche Idee? Haben sie nicht auf bestehende Praktiken in anderen Ländern verwiesen? Zum Beispiel in Kanada?

Ja Kanada, ein klassisches Einwanderungsland. Manche meinen ein Land, das weiter als Deutschland ist, wenn es darum geht, eine moderne Einwanderungspolitik zu gestalten. Aber Intelligenztests dort? Fehlangeige. Wie kommen dann die beiden Unionspolitiker darauf, auf Kanada zu verweisen. Wir haben ein wenig recherchiert und folgende Quelle gefunden, die einiges erklären könnte:

Auch in Kanada gibt es seit September 2001 ein verstärktes Sicherheitsbedürfnis an den Landesgrenzen.: „Canada has tightened security measures since 9/11, including signing the Smart Border Declaration with the United States, which provides for increased intelligence sharing and security measures,...“ (Elisabeth Smick, 2006; © 2010 by the Council on Foreign Relations, Canada).

„Intelligence“ steht hier allerdings nicht für Intelligenz, sondern für Geheimdienst bzw. geheimdienstliche Informationen. Und „Smart Border Declaration“ heißt nicht, dass nur „smarte“, also schlaue Leute die Grenze passieren dürfen. Um das zu verstehen müsste man aber eine Fremdsprache, in diesem Fall Englisch, können. Deutsch alleine hilft hier nicht wirklich weiter.

Was lernen wir daraus? Sprachkompetenz hilft nicht nur Einwanderern, sich besser zu Recht zu finden, es hilft auch so manchen Politikern, weniger Unsinn zu reden.

Wir wünschen Ihnen ein angenehmes, ruhiges und erholsames Sommerloch und schöne Ferien. Unser nächster Newsletter wird Ende August erscheinen,

Ihr AGARP-Team

Inhalt

Editorial	1
Sachverständigenrat der Stiftungen	2
Integrationspreis	2
Integrationslotsen in Niedersachsen	2
Eltern in die Schule	2
Termine	3
Elternkompass vom Volkshochschulverband	3
Pippi Langstrumpf	3
Antidiskriminierung	3
Schule ohne Rassismus	4
Muslimischer Friedhof	4

Impressum

Herausgeberin:

AGARP. Arbeitsgemeinschaft
der Beiräte für Migration und
Integration in Rheinland-Pfalz
Frauenlobstr. 15-19
55118 Mainz

Redaktion und Texte:

Nurhayat Canpolat,
Ingrid Neuhaus, Maria Ogel,
Sibel Soyer, Sabina Steller,
Musgana Tesfamariam, Miguel
Vicente, Hans-Peter Wilka

Kontakt

newsletter@agarp.de
Tel. 06131/ 638435

Sachverständigenrat für Integration und Migration

Acht deutsche Stiftungen haben den Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) gegründet. Der SVR ist ein unabhängiges, wissenschaftliches Expertengremium. Insgesamt sind neun namhafte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Mitglied im SVR. Vorsitzender des SVR ist Prof. Dr. Klaus Bade, Mitglieder sind u.a. Prof. Dr. Michael Bommes und Prof. Dr. Yasemin Karakasoglu.

Der SVR trägt der Tatsache Rechnung,

dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Migration und Integration sind daher zentrale Themen der Politik und der Öffentlichkeit. Der SVR sieht seine Aufgabe darin, bei integrations- und migrationspolitischen Themen Stellung zu beziehen und Politik und Öffentlichkeit zu beraten.

Das Jahresgutachten 2010 des SVR arbeitet unter dem Titel „Einwanderungsgesellschaft 2010“ Rahmenbedingungen und Entwicklungslinien von

Integrations- und Migrationspolitik heraus: Im Mittelpunkt steht die Analyse von integrationspolitischen Maßnahmen sowie von Struktur- und Umfragedaten als Grundlage für Folgeabschätzungen und Bewertungen. Ein Bestandteil des Jahresberichts 2010 ist das Integrationsbarometer.

Nähere Informationen zum Sachverständigenrat und zum Jahresgutachten 2010 finden Sie unter www.svr-migration.de

Integrationspreis Islam des Bundesinnenministeriums

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière hat einen Preis für vorbildliche islambezogene Integrationsprojekte ausgelobt. Der Integrationspreis wird 2010 zum ersten Mal durch den Bundesinnenminister verliehen, dem besonders die praktische Ausrichtung der

Deutschen Islamkonferenz am Herzen liegt. Er möchte mit dem über 10.000 Euro dotierten Preis das Engagement von Projektmitarbeitern/innen würdigen, die mit ihrer Arbeit zu mehr gesellschaftlicher Partizipation und Empowerment von Muslimen in Deutschland,

dem Abbau von Vorurteilen und besserem gesellschaftlichen Miteinander beitragen.

Insbesondere engagierte Muslime in Deutschland sollen sich an diesem Wettbewerb beteiligen. Weitere Infos zum Wettbewerb: [Integrationspreis](#)

Integrationslotsen - eine Erfolgsgeschichte aus Niedersachsen

Was im Jahr 2005 mit einem Modellprojekt in Osnabrück begann, hat sich zu einer landesweiten Erfolgsgeschichte entwickelt. Über 1.000 Frauen und Männer wurden bereits zu ehrenamtlichen Integrationslotsen qualifiziert und unterstützen durch ihr freiwilliges Engagement erfolgreich die Kommunen bei der Integration vor Ort.

Vier Bausteine kennzeichnen das Lotsenprojekt: die Professionalisierung der freiwilligen Integrationsarbeit, die Spezifika der Freiwilligen in der Integrations-

arbeit, die Engagementbereiche der Integrationslotsen und die Zusammenführung von Angebot und Nachfrage.

Besonders hervorzuheben ist die Breite des freiwilligen Engagements im Rahmen des Lotsenprojektes. Es wurden viele, vor allem auch neue Einsatzfelder gefunden – von der Begleitung beim Einstieg ins Erwerbsleben, über die Sprachförderung und Sport bis zur individuellen Betreuung von ausländischen Studierenden und Bildungsinländern mit Migrationshin-

tergrund. In der Auswertung des Projektes im März 2010 wurde abschließend festgestellt: nicht nur soziale Orientierung in der Einwanderungsgesellschaft wird ermöglicht – durch die Nutzung von Ressourcen freiwilliger Integrationshelfer werden auch Schwierigkeiten von Zugewanderten im Integrationsprozess individuell abgebaut.

Mehr Informationen stehen zur Verfügung unter: [Integrationslotsen](#)

„Eltern in die Schule“

Mehrsprachige Elternbroschüre

In der mehrsprachigen Publikation der BQM und der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Migranten e.V. (ASM) werden 17 Hamburger Eltern mit Zuwanderungsgeschichte porträtiert, die sich nachahmenswert für die Bildung ihrer Kinder einsetzen. Die Familien stammen aus Afghanistan, Albanien, Ägypten, China, Indien, Italien, dem Iran, Nigeria, Peru, Polen, Portugal, Russland, Serbien, Togo, der Türkei, der Ukraine und Vietnam.

Die Broschüre wird an Schulen verteilt, die viele Schüler/innen mit Migrationshintergrund haben und Veranstaltungen, wie z. B. interkulturelle Elternabende organisieren. Mit den positiven Beispielen aus der Broschüre hofft sich Dr. Alexei Medvedev von der BQM, Eltern motivieren zu können: *"Es geht nicht nur darum, zu Elternabenden zu gehen. Elternkooperation hat viele Seiten und diese werden in der Broschüre gezeigt".*

Die Broschüre können Sie als Pdf [hier](#) downloaden. Zur Bestellung kontaktieren Sie bitte: Monika Ehmke, Tel. 040 / 637855-33, ehmke@kwb.de



Schule-ohne-Rassismus legt neue Broschüre vor

„Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft“

Diese Broschüre beschäftigt sich mit Rechtsextremismus innerhalb bestimmter Einwanderergruppen. Damit widmet sich die neue Publikation einem noch wenig beachteten Aspekt unserer Einwanderungsgesellschaft: nämlich rechtsextremen, menschenverachtenden Ideologien, die ihren Ursprung in den Herkunftsländern der vier größten Einwanderergruppen in Deutschland haben. Es geht um rechtsextreme und ultranationalistische Gruppierungen türkischer, russischer, exjugoslawischer und polnischer Herkunft.



Die Gründe für Migration, die Lebenssituation in Deutschland sowie das Gedankengut und die Organisationen der Rechtsextremen werden beschrieben. Auch die Erkennungszeichen ihrer Organisationen werden vorgestellt, ebenso die Strategien, mit denen insbesondere Jugendliche umworben werden.

Die Broschüre ist leider nicht kostenfrei erhältlich, pro Heft 3,00 € (ab 10 Stück 2,50 €) plus Versand. Sie richtet sich an Jugendliche, pädagogisch Tätige sowie an Mitarbeitende kommunaler Ein-

richtungen. Bezug und weitere Informationen über Eberhard Seidel, Tel. 030/ 2145860, schule@aktioncourage.org oder schule-ohne-rassismus.org

15 Jahre Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage (SOR-SMC)

SOR-SMC ist ein Projekt von und für Schüler/innen, die gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, aktiv vorgehen und einen Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft leisten wollen. Die Initiative und das Engagement werden dabei unterstützt von Paten/innen und dem Projekt „Aktion Courage“. Landeskoordinatorin für Rheinland-Pfalz ist Frau Dr. Una Patzke von der Landeszentrale für Politische Bildung SOR-RLP. Das Netzwerk SOR-SMC wird getragen von einem breiten Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften, Glaubensgemeinschaften und vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren. In Rheinland Pfalz beteiligen sich inzwischen 34 Schulen an diesem Projekt.

Der Totenkult ist Teil des Lebens

Jeder Mensch hat das Recht auf rituelle Bestattung und Totengedenken

„Wenn Einwanderer hier heimisch werden, wächst auch der Wunsch, Angehörige hier zu bestatten und nicht in weiter Ferne“, sagte Vito Contento, Vorsitzender des Beirates für Integration und Migration Koblenz anlässlich der Eröffnung des muslimischen Gräberfeldes in Lützel (Stadtteil von Koblenz).

Seit 2006 hatten die Stadt Koblenz und 5 Gemeinden und Vereine sowie eine Hochschulgruppe konstruktiv und erfolgreich daran gearbeitet, Bestattungen nach muslimischen Regeln auch in Koblenz möglich zu machen. Es gibt zwar ein Bestattungsgesetz des Landes, aber Friedhöfe und Gräber sind Angelegenheiten der Kommunen.

Deshalb müssen auf kommunaler Ebene die bestehenden Regelungen entsprechend umgesetzt (oder verändert) werden, wie es für alle Beteiligten, inklusive der Toten, am besten ist. Die Vielfältigkeit der Glaubensrichtungen innerhalb des Islam wurde bei diesen Gesprächen ebenfalls deutlich. Schöner Nebeneffekt ist nun, dass demnächst auf kommunaler Ebene ein Islamrat eingerichtet werden soll.

Nach Bad Kreuznach, Bitburg, Gerolstein, Idar-Oberstein, Ingelheim, Ludwigshafen, Kaiserslautern, Mainz, Neuwied, Sinzig, Trier, Wittlich und Worms - nun auch Koblenz. Kompromisse müssen dabei natürlich auch geschlossen werden: Sind nur rituelle Waschungen erlaubt? Wird auch der

Sargzwang aufgehoben, wie dies in manchen Bundesländern bereits möglich ist? Die Ausrichtung der Gräber in Richtung Mekka stellt meist kein Problem dar. Die Pflege und die Dauer der (gemieteten) Gräber allerdings schon.

Warum haben in Rheinland-Pfalz islamische Organisationen noch keine eigenen Friedhöfe? Wie auch in Berlin müssen Friedhöfe in RLP nicht unbedingt in Trägerschaft einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (z.B. Kirchen) stehen, sondern können auch als private Bestattungsplätze angelegt werden (mit entsprechenden Genehmigungen).

Wenn Sie die Aktivitäten Ihres Beirats vorstellen möchten, wenden Sie sich bitte an newsletter@agarp.de
Unser nächster Newsletter wird voraussichtlich Ende August 2010 erscheinen.